



Nr. 34

18.Oktober 2024

Friedrichstraße 169  
D-10117 Berlin

Verantwortlicher Redakteur  
Michael Eufinger

Telefon 030.40 81-55 70  
Telefax 030.40 81-55 99  
presse@dbb.de  
www.dbb.de

## Inhalt

Gespräch mit Bundesverkehrsminister

[Autobahn GmbH: Stoppschild für Sparkurs gefordert](#)

Wissenschaftszeitvertragsgesetz

[Hochschulen: Arbeitsbedingungen nachhaltig verbessern](#)

Rektorenkonferenz der Hochschulen für den öffentlichen Dienst

[Fleischmann: „Die Arbeit im öffentlichen Dienst ist die Arbeit am großen Ganzen“](#)

dbb frauen

[Kinderbetreuung: Verbindliche Rahmenbedingungen schaffen  
Chancengleichheit](#)

dbb jugend

[Studie: Vier-Tage-Woche spielt bei jungen Beamtinnen und Beamten  
untergeordnete Rolle](#)

## Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Hamburg

[Besoldungs- und Versorgung: Bürgerschaft beschließt Anpassung](#)

Rheinland-Pfalz

[Gewerkschaftspolitisches Spitzengespräch im Innenministerium](#)

Schleswig-Holstein

[Justizreform: Beschäftigte müssen mitgenommen werden](#)

Berlin

[dbb Personalräte: „Gemeinsam für Berlin“](#)

Mecklenburg-Vorpommern

[Knecht: Personalmangel im öffentlichen Dienst so groß wie nie](#)

Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG)

[BKA-Lagebild zur Gewalt gegen Einsatzkräfte ist „Bericht der Schande“](#)

Gewerkschaft der Sozialversicherung (GdS)

[Schluss mit dem „Weiter so“ in der Gesetzliche Krankenversicherung](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

---

## Gespräch mit Bundesverkehrsminister **Autobahn GmbH: Stoppschild für Sparkurs gefordert**

**dbb Vize Volker Geyer ist besorgt über die Verkehrspolitik der Bundesregierung – nicht nur wegen der Unterfinanzierung der Autobahn GmbH.**

„Das war ein deutlicher Gedankenaustausch und so musste es nach Lage der Dinge auch sein, denn es liegt einiges im Argen“, so der stellvertretende Bundesvorsitzende und Fachvorstand Tarifpolitik des dbb, Volker Geyer, nach einem Gespräch mit Bundesverkehrsminister Volker Wissing am 16. Oktober 2024. Im Haushalt der Autobahn GmbH gebe es derzeit eine gravierende Unterdeckung, so Geyer, und erklärte: „Damit lässt sich keine Infrastrukturpolitik gestalten, die den Anforderungen unseres Wirtschaftsstandortes gerecht wird. Wir brauchen eine langfristig angelegte und zuverlässige Finanzierung der Autobahn GmbH.“

Geyer kritisierte auch, dass das Ministerium im Umgang mit der Autobahn GmbH nicht immer glücklich und ziel führend agiere: „Während man sich fragt, ob der Bund seiner Aufsichtspflicht gegenüber der von Schreckens-

nachricht zu Schreckensnachricht eilenden Deutschen Bahn überhaupt noch nachkommt, versteigt sich das Ministerium gegenüber der Autobahn GmbH zu kleinteiligem Kontroll-Aktivismus. Das führte im Alltag bereits zu reichlich Mehrarbeit und Unmut. Auch hier gibt es dringenden Optimierungsbedarf.“

Hermann-Josef Siebigtheroth, Bundesvorsitzender dbb Mitgliedsgewerkschaft VDStr., machte deutlich, dass es bei der Autobahn GmbH keine Einsparungen auf Kosten der Belegschaft geben dürfe: „Der Minister muss alles tun, um das millionenschwere Defizit zu beseitigen. Sollte ihm das nicht vollständig gelingen, muss aber Konsens sein: Mögliche Defizite dürfen nicht auf Kosten der Belegschaft kompensiert werden. Denn das werden wir nicht hinnehmen. Hier fordern wir ein klares Stoppschild.“

## Wissenschaftszeitvertragsgesetz **Hochschulen: Arbeitsbedingungen nachhaltig verbessern**

**Der dbb fordert Weitsicht bei der Neuregelung der wissenschaftlichen Arbeitsbedingungen.**

Die Beschäftigungsverhältnisse des wissenschaftlichen Personals an Hochschulen sind durch ihre hohe Befristungsquote gekennzeichnet. Befristete Arbeitsverhältnisse bedeuten für die Betroffenen oft Unsicherheit, Abhängigkeitsverhältnisse und eine erschwerte Lebensplanung. Die lang umstrittene Novelle des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes wird nun im Bundestag beraten. „Der Gesetzesentwurf

hält in vielen Punkten Verbesserungen bereit. Es sind jedoch entscheidende Änderungen notwendig, damit das Gesetz die aktuellen Beschäftigungsbedingungen in der Wissenschaft nicht verschlimmbessert“, kritisierte der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach am 16. Oktober 2024 vor der Beratung des Gesetzentwurfs im Deutschen Bundestag.

---

Bisher war es den wissenschaftlich Beschäftigten nicht gestattet, ihre Arbeitsbedingungen durch tarifvertragliche Vereinbarungen zu verbessern. Der Gesetzesentwurf sieht nun verstärkte Mitbestimmungsmöglichkeiten für die Tarifvertragspartner vor, was jedoch zuletzt vom Bundesrat kritisiert wurde. „Die Tarifautonomie ist ein hohes Gut und Grundrecht – dafür stehen wir als gewerkschaftliche Spitzenorganisation. Die Ausweitung der Tariföffnungsklausel ist dringend notwendig. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler müssen das Recht haben, ihre Vertragsbedingungen selbst aushandeln zu dürfen, so Silberbach.

Entscheidend für den Erfolg des Gesetzes sei aber vor allem eine nachhaltige Finanzierung unserer Hochschulen und damit die Schaffung von mehr Dauerstellen. „Mit dem Gesetzesvorhaben besteht die Chance, die Beschäftigungsbedingungen an unseren Hochschulen nachhaltig zu verbessern und den Wissenschaftsstandort Deutschland zu stärken. Doch die Politik muss

sich ehrlich machen: Dafür braucht es eine Abkehr vom derzeitigen Sparkurs und entschlossene Investitionen in unsere Zukunft“, appellierte Silberbach.

Hintergrund:

Das Wissenschaftszeitvertragsgesetz (WissZeitVG) regelt die Befristung von Beschäftigungsverhältnissen für wissenschaftliches und künstlerisches Personal an staatlichen Hochschulen. Die Bundesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, das WissZeitVG auf Basis einer Evaluation zu reformieren. Dabei sollte die Planbarkeit und Verbindlichkeit in der Post-Doc-Phase deutlich erhöht werden und frühzeitiger Perspektiven für alternative Karrieren schaffen. Darüber hinaus hat sich die Bundesregierung vorgenommen, mehr Dauerstellen für Daueraufgaben in der Wissenschaft zu schaffen. Der dbb hat sich bereits mit seiner Stellungnahme von 2023 im Diskurs positioniert und konkrete Vorschläge eingebracht.

Rektorenkonferenz der Hochschulen für den öffentlichen Dienst

### **Fleischmann: „Die Arbeit im öffentlichen Dienst ist die Arbeit am großen Ganzen“**

Die dbb Vize Simone Fleischmann hat den Wert des öffentlichen Dienstes für die Demokratie betont. Drei Nachwuchskräfte für den Staatsdienst hat der dbb ausgezeichnet.

„Wenn es um den Zustand unserer Demokratie geht, dann spielt der öffentliche Dienst eine entscheidende Rolle“, betonte die stellvertretende dbb Bundesvorsitzende Simone Fleischmann auf der Rektorenkonferenz der Hochschulen für den öffentlichen Dienst am 16. Oktober 2024 in Herrsching am

Ammersee. „Der öffentliche Dienst steht fest hinter den Werten unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Er garantiert rechtsstaatliche und sichere Verhältnisse und agiert als Multiplikator für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.“ Damit habe er das Potenzial, die Demokratie widerstandsfähiger und nachhaltiger zu gestalten und das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den Staat zurückzugewinnen.

Denn mittlerweile seien knapp zwei Drittel der Bürgerinnen und Bürger der Ansicht, dass der Staat mit seinen Aufgaben überfordert sei. „Allerdings liegen die Ursachen für diese Missstände nicht bei den Kolleginnen und Kollegen, die Tag für Tag mit Herzblut ihrer Arbeit nachgehen. Nein, es sind die Entscheidungen der Politik, die uns an diesen Punkt gebracht haben“, erklärte Fleischmann. Aktuell geht der dbb von einer Personallücke von 570.000 Stellen aus. Trotz dieser und weiterer Belastungen leisteten die Beschäftigten eine hervorragende Arbeit, machte die stellvertretende dbb Bundesvorsitzende deutlich. „Die Tätigkeit im öffentlichen Dienst ist mehr als die Zeit, die sie am Arbeitsplatz verbringen. Es ist der Dienst am Gemeinwohl, die Arbeit am großen Ganzen. Diese Sinnhaftigkeit ist das, was junge Menschen suchen, deshalb kann der öffentliche Dienst hier bei der Nachwuchsgewinnung punkten.“

Fleischmann weiter: „Die Rektorenkonferenz geht mit gutem Beispiel voran, wie sich motivierter Nachwuchs für den öffentlichen Dienst gewinnen lässt.“ Allein in den letzten vier Jahren habe sich die Studierendenzahl in den Hochschulen der Rektorenkonferenz um fast ein Drittel auf 70.000 Studierende gesteigert, die Zahl der Fortbildungsstudierenden sogar mehr als verdoppelt.

Die Arbeit der Rektorenkonferenz trage einen wesentlichen Teil zur Nachwuchsgewinnung im öffentlichen Dienst und frischen Ideen in der Bildung bei. „Mit Arbeitsgruppen, Veröffentlichungen und Empfehlungen zu Themen wie Blended Learning und Künstlicher Intelligenz sowie mit der Umsetzung zahlreicher komplexer Forschungsprojekte beweist die Rektorenkonferenz, dass sie stets auf der Höhe der Zeit agiert“, lobte Fleischmann.

Im Rahmen der Konferenz wurden drei Absolventinnen bzw. Absolventen mit dem dbb-Preis für ihre Abschlussarbeiten ausgezeichnet. Der erste Platz ging an Christoph Dlugos von der Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung NRW. Silber holte sich Dennis Weber von der Fachhochschule für Verwaltung Saarland und den dritten Platz belegte Mara Pilarski von der Hochschule der Deutschen Bundesbank. Fleischmann lobte die drei für ihre außerordentlichen Leistungen und wünschte ihnen alles Gute für die berufliche Zukunft: „Sie sind voller neuer Ideen und haben einen frischen Blick auf die Dinge. Mit Begründungen wie ‚das haben wir schon immer so gemacht‘ werden Sie sich nicht so schnell abspesen lassen, und das ist richtig so.“

---

dbb frauen

## **Kinderbetreuung: Verbindliche Rahmenbedingungen schaffen Chancengleichheit**

**Die dbb bundesfrauenvertretung unterstützt die Stellungnahme des Bundesrats zum Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Weiterentwicklung der Qualität und Teilhabe in der Kindertagesbetreuung.**

Die Länderkammer hatte ungleiche Standards beim sogenannten Kita-Gesetz kritisiert. Im Bereich der frühkindlichen Bildung sehen die dbb frauen ebenfalls Nachbesserungsbedarf und fordern die Politik auf, den Gesetzentwurf mit Blick auf bundesweit einheitliche Qualitätsstandards zu überarbeiten, um materielle Gleichbehandlung in der frühkindlichen Bildung zu schaffen.

Die Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung und stellvertretende Bundesvorsitzende des dbb Milanie Kreuz unterstrich die Notwendigkeit gleicher Rahmenbedingungen: „Im Bildungsbereich sehen wir täglich, wie wichtig verbindliche Standards in der frühkindlichen Bildung für die Chancengleichheit unserer Kinder sind.“ Es dürfe nicht sein, dass qualitätssteigernde Maßnahmen in einem Bundesland gefördert und im anderen vernachlässigt würden. „Familienplanung ist auch eine Standortfrage und deshalb müssen wir alle Regionen in Deutschland auf den gleichen Stand bringen. Wir brauchen

einheitliche und faire Rahmenbedingungen für alle Kinder und Familien – unabhängig davon, wo sie leben. Nur so schaffen wir gleiche Voraussetzungen für Bildungserfolge und entlasten Familien sowie die Beschäftigten im öffentlichen Dienst“, sagte Kreuz am 11. Oktober 2024 in Berlin.

Auch Tanja Küsgens, Beisitzerin im Vorstand der dbb frauen und Vertreterin des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), betont die Dringlichkeit, Familien und Beschäftigte nicht im Regen stehenzulassen: „Für die Beschäftigten in Kitas und Schulen ist es frustrierend, wenn die Rahmenbedingungen ihrer Arbeit von der jeweiligen Landespolitik abhängen. Bildung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, und wir brauchen endlich bundeseinheitliche Standards, um einerseits allen Kindern gleiche Startbedingungen zu bieten und andererseits das Personal in den Bildungseinrichtungen bestmöglich zu unterstützen. Es darf keinen Flickenteppich in der frühkindlichen Bildung geben.“

dbb jugend

## **Studie: Vier-Tage-Woche spielt bei jungen Beamtinnen und Beamten untergeordnete Rolle**

**Dem öffentlichen Dienst fehlen mehr als 570.000 Beschäftigte. Eine Studie zeigt auf, worauf es ankommt, um junge Fachkräfte zu gewinnen.**

Die Vier-Tage-Woche und uneingeschränktes Arbeiten im Homeoffice prägen die öffentliche Debatte, wenn es um moderne Arbeitsbedingungen

geht. Allerdings sind diese Faktoren nicht maßgeblich dafür, um junge Beamtinnen und Beamte an den öffentli-

---

chen Dienst zu binden. Zu diesem Ergebnis kommt eine umfassende Studie der dbb jugend und der Universität Potsdam.

Ausschlaggebend sind die Lohnsteigerungen pro Jahr, flexible Arbeitszeitgestaltung, Pensionsansprüche sowie die Arbeitstage im Homeoffice, so die Studienergebnisse. Mit Blick auf das Homeoffice gilt: Die Befragten empfinden zwei bis drei Tage als ausreichend.

„Die Studie liefert bislang einzigartige und vielschichtige Erkenntnisse zu den Motivationsfaktoren junger Beamtinnen und Beamter“, sagt Matthäus Fandrewski, Vorsitzender der dbb jugend. „Erkenntnisse, die angesichts des enormen Fachkräftemangels von zentraler Bedeutung sind. Im öffentlichen Dienst fehlen mehr als 570.000 Beschäftigte. In der Steuer- und Kommunalverwaltung, in den Schulen, in der

Justiz und bei der Polizei – überall arbeiten die Kolleginnen und Kollegen am Limit. Mit Blick auf die aktuelle Einkommensrunde Bund und Kommunen unterstreichen die Studienergebnisse wesentliche Forderungen der Gewerkschaften: eine attraktive Bezahlung, die den wachsenden Anforderungen gerecht wird, und die Einführung von Lebensarbeitszeitkonten für mehr Flexibilität. Das ist es, worauf es jetzt ankommt!“

Veröffentlicht wurde die Studie am 17. Oktober 2024, unter dem Titel „Flexibel, digital, gut bezahlt?! Wie der öffentliche Dienst seine Mitarbeitenden bindet“. Die Datenerhebung hat von April bis Juli 2023 stattgefunden. Befragt wurden junge Beamtinnen und Beamte, die Gewerkschaftsmitglieder sind. Die Studie gliedert sich in zwei Teile: Am ersten haben sich 330 Beschäftigte beteiligt, am zweiten 363.

## ***Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften***

Hamburg

### **Besoldungs- und Versorgung: Bürgerschaft beschließt Anpassung**

**Am 16. Oktober 2024 hat die Hamburgische Bürgerschaft das Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz 2024/2025 beschlossen.**

Als wesentlicher Bestandteil werden dabei die Ergebnisse der Ländertarifrunde aus dem Dezember 2023 auf den Kreis der Beamtinnen und Beamten und der Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger übertragen. Die dazugehörigen Zahlungen der Inflationsausgleichprämie hatte die Bürgerschaft schon im Dezember 2023 beschlossen.

Die wesentlichen Gesetzesinhalte sind: Erhöhung der Grundgehaltssätze für aktive Beamtinnen und Beamte um

200 Euro ab 1. November 2024 sowie eine Anpassung weiterer dynamischer Besoldungsbestandteile (u. a. allgemeine Stellenzulage) um 4,76 Prozent Entsprechende Erhöhung der Versorgungsbezüge gemäß des individuellen Ruhegehaltsatzes (d.h. maximal 71,75 Prozent von 200 Euro) ab 1. November 2024.

Erhöhung der Grundgehaltssätze und Versorgungsbezüge um 5,5 Prozent ab 1. Februar 2025.

Erhöhung der Anwärtergrundbezüge um 100,00 Euro ab 1. November 2024

und weitere lineare Erhöhung um 5,5 Prozent ab 1. Februar 2025. Anhebung verschiedener Zulagen (u.a. bei der Polizei und Feuerwehr), Anhebung ab 1. August 2025 auf 170 Euro und ab 1. August 2026 auf 180 Euro monatlich.

Dazu sagte der dbb Landesvorsitzende Thomas Treff: „Als dbb hamburg begrüßen wir, dass die Hamburgische Bürgerschaft das Tarifergebnis aus der TV-L Runde aus Ende 2023 jetzt auch auf die hamburgischen Beamtinnen und Beamten und die Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger überträgt. Erst mit diesem Schritt ist für uns auch die TV-L-Tarifrunde abgeschlossen. Damit können wir also zufrieden sein. Wir halten es

aber weiterhin für einen Fehler, dass der Gesetzgeber mit dem Gesetz nicht die Fehlentwicklungen in der Besoldung und Versorgung der letzten Jahre (fast schon Jahrzehnte) korrigiert hat und zum Beispiel die Anrechnung des sogenannten Partnereinkommens und den damit verbundenen sogenannten Besoldungsergänzungszuschlag abgeschafft hat, um für alle Beamtinnen und Beamten in Hamburg endlich eine amtsangemessene Alimentation herzustellen. Auch eine Verlängerung der Angleichungszulage über das Jahr 2025 hinaus wurde noch nicht beschlossen. So kann man zusammenfassen, dass der Gesetzgeber zum wiederholten Mal die Möglichkeit verpasst hat für eine amtsangemessene Alimentation in Hamburg zu sorgen.“

Rheinland-Pfalz

### **Gewerkschaftspolitisches Spitzengespräch im Innenministerium**

**Der öffentliche Landesdienst muss sich auch in Rheinland-Pfalz anstrengen, um in verschärfter Branchenkonkurrenz qualifiziertes Personal gewinnen und halten zu können. Das ist kein Sprint, sondern ein Dauerlauf mit vielen Hindernissen. Darin war sich die dbb Landesleitung um die Landesvorsitzende Lilli Lenz im Austausch mit Innenminister Michael Ebling am 16. Oktober 2024 einig.**

Mit Blick auf den aktuellen Doppelhaushaltsentwurf wurde unter anderem über die Einführung einer Arbeitsgebärdachmarke des Landes und die Überarbeitung des Karriereportals des Landes gesprochen, die die Landesregierung beabsichtigen. Die dbb Delegation begrüßte die Pläne des Innenressorts, gab aber gleichzeitig zu bedenken, dass in Zeiten zunehmenden Nachwuchs- und Fachkräftemangels unbedingt neben den „weichen“ Faktoren wie Vereinbarkeit von Beruf und Familie bei Bewerberinnen und Bewerbern besonders auch die Bezahlungsbedingungen in den Blick genommen werden müssen. Gefordert wurde des-

halb eine Anhebung der Eingangsamtsbesoldung und der Anwärterbezüge sowie eine Verbesserung der Reisekosten in der Ausbildung.

Dass der Ministerrat gerade das vom Innenressort ausgearbeitete Konzept eines Langzeit-Arbeitszeitkontos verabschiedet hat, begrüßte die dbb Landesleitung ebenfalls grundsätzlich. Trotzdem besteht die dbb-Forderung nach einem wirklichen Lebensarbeitszeitkonto weiter. Zwar sehe das ministerielle Konzept eine begrüßenswerte „Startgutschrift“ von bis zu 200 Stunden für Überstunden aus der Corona- und Energiekrisenzeit vor, aber „Zu-

kunftsbuchungen“ auf das Dienstzeitende sollen ausgeschlossen sein. Aus Gewerkschaftssicht wären hier weniger Restriktionen und mehr Flexibilität besser.

Außerdem schlug die dbb Landesleitung im Auftrag des Gewerkschaftstages vor, zukünftig Budgets für Grundlagen- sowie Fortbildungsqualifizierung zu erhöhen und gesondert auszuweisen, damit insgesamt mehr Fortbildung stattfinden könne. Geworben wurde

außerdem erneut für die Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit von Zulagen im Vollzugsdienst, für die Einführung einer Angriffsentschädigung für betroffene Beschäftigte im öffentlichen Dienst sowie für ehrenamtlich Tätige. Außerdem appellierte die dbb Landesleitung an das Innenressort, sich statusübergreifend für Verbesserungen des Betrieblichen Gesundheitsmanagements in der Landesverwaltung einzusetzen.

Schleswig-Holstein

### **Justizreform: Beschäftigte müssen mitgenommen werden**

**„Das Vorgehen der Landesregierung bei der Gerichtsreform wird die Bereitschaft der Landesbeschäftigten, Reformen positiv zu begleiten, auch in anderen Bereichen nachhaltig beschädigen“, prognostiziert der dbb Landesvorsitzender Kai Tellkamp am 17. Oktober 2024 mit Blick auf die geplante Justizreform.**

Die Beschäftigten müssen bei solchen Vorhaben rechtzeitig beteiligt und mitgenommen werden, statt vor vollendete Tatsachen gestellt zu werden – wonach es bei der geplanten Gerichtsreform und der damit verbundenen Zusammenlegung und Schließung von Standorten aber derzeit aussehe.

Für den dbb sh sei es unverzichtbar, dass bei Reformprozessen mögliche

Nachteile für die Beschäftigten so weit wie möglich vermieden werden. Dazu gehörten auch Maßnahmen zur sozialen Abfederung. Die Landesregierung sei daher gut beraten, solche Regelungen und einen grundsätzlichen Fahrplan für die gesamte Landesverwaltung zu schaffen. Ansonsten seien Personalabwanderung und neue Probleme bei der Gewinnung von Nachwuchskräften zu befürchten.

Berlin

### **dbb Personalräte: „Gemeinsam für Berlin“**

**Die Personalratswahlen im Land Berlin stehen vor der Tür: Die Mitglieder des dbb berlin kandidieren auf der Liste „Gemeinsam für Berlin“.**

„Bewusst betont wird mit diesem Motto der bewährt konstruktive, verantwortungsbewusste und realitätsbezogene Ansatz, mit dem Personalräte des dbb berlin anstehende Probleme angehen. ‚Gemeinsam für Berlin‘ bedeutet in die-

sen für den ausgebluteten Landesdienst extrem schwierigen Zeiten aber auch, dass die Funktionsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung ohne eine ausreichende Berücksichtigung der Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie der Beamtinnen und

Beamten in Berlin auf der Kippe steht – sehr zum Schaden von ganz Berlin“, teilte der dbb Landesbund dazu am 14. Oktober 2024 mit.

Die dbb Initiative ziele deshalb darauf ab, die Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst zu verbessern, soziale

Gerechtigkeit zu fördern und die Rechte der Beschäftigten zu stärken. Der Personalmangel dürfe nicht länger Sicherheit und Daseinsvorsorge in der Stadt gefährden.

Mecklenburg-Vorpommern

### **Knecht: Personalmangel im öffentlichen Dienst so groß wie nie**

**Der dbb Landesvorsitzende Dietmar Knecht hat auf dem Landesgewerkschaftstag der Fachgewerkschaft der Straßen- und Verkehrsbeschäftigten (VDStra) am 14. Oktober 2024 in Satow die Aufgabenverdichtung bei gleichzeitig immer älter werdenden Belegschaften kritisiert.**

Der Personalmangel im öffentlichen Dienst habe ein Rekordniveau erreicht. „Gerade in den handwerklichen Berufen müssen die Arbeitgeber hier gegensteuern und vernünftige Rahmenbedingungen schaffen, die auch geeignet sind, den dringend benötigten Nachwuchs hinter dem Ofen hervorzulocken“, machte Knecht deutlich.

Versicherte in Frage stellen, und machte auf die Unterschiede zwischen Bürojobs und körperlichen Tätigkeiten aufmerksam: „Der Rentenstreit darf nicht zum Abbau sozialer Errungenschaften führen. Wer 45 Jahre vor allem körperlich gearbeitet hat, hat auch das Recht, finanziell abgesichert in den wohlverdienten Ruhestand zu gehen.“

Hart ins Gericht ging Knecht auch mit Aktivitäten aus der Politik, die die Verlässlichkeit der Rente für langjährig

Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG)

### **BKA-Lagebild zur Gewalt gegen Einsatzkräfte ist „Bericht der Schande“**

**Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) zeigt sich „nicht verwundert, aber zusehends entsetzt“ über die erneut drastisch gestiegenen Zahlen von Gewaltdelikten gegen Einsatzkräfte. Die Politik habe bislang nur halbherzig, inkonsequent und nur täterorientiert reagiert. Die Einsatzkräfte fühlen sich zusehends allein gelassen.**

In Berlin erklärte der DPoIG Bundesvorsitzende Rainer Wendt am 14. Oktober 2024: „Wir haben eine Steigerung erwartet, trotzdem entsetzen rund acht Prozent mehr Gewaltdelikte gegen die Polizei. Hinter jeder Zahl stehen Menschen, die sich für diesen Staat einsetzen und buchstäblich ihren Kopf hinhalten, um Freiheit zu schützen und Sicherheit zu gewährleisten.“

Sie fühlen sich von der Politik im Stich gelassen, die zwar immer viel Erklärungen bereithält, wenn es um die Täter geht, aber wenig Empathie für die Opfer aufbringt. Die Statistik des Bundeskriminalamts ist ein jährlicher Bericht der Schande für unseren scheinbar völlig wehrlosen Staat, der nicht bereit ist, seine eigenen Beschäftigten

wirksam zu schützen. Über den Vertrauensverlust der Politik bei der Bevölkerung darf sich niemand wundern.“

Tagtäglich würden die Einsatzkräfte mit irgendwelchen „dümmlischen Studien belästigt, die von so genannten Polizeiwissenschaftlern erstellt werden, die daraus mittlerweile ein lukratives Geschäftsmodell gemacht haben“, erklärte Wendt. „Darin immer wieder die absurden Behauptungen vom strukturellen Rassismus, von Racial Profiling oder rechtswidriger Polizeigewalt, die unser Problem sei. Unser tatsächliches Problem in Deutschland sind gewaltbereite Schläger und Mörder, die sich hemmungslos auf die Einsatzkräfte stürzen, sie verletzen oder töten und im Anschluss immer wieder auf milde Justiz und Politik hoffen dürfen.“

Wendt forderte moderne Technik, damit Gewalttätern die Taten nachgewiesen werden könnten und „eine Justiz, die diese Leute auch für ein paar Jahre hinter Gitter schickt. Außerdem muss die Anwendung des Erwachsenenstrafrechts die Regel, nicht die Ausnahme sein, wenn Täter jünger als 21 Jahre alt sind“, so der DPolG Chef. „Und die Strafmündigkeitsgrenze muss runter auf 12 Jahre. Und mindestens genauso wichtig ist die zwingende Kombination von Strafverfahren und Ausweisungsbemühungen schon während der Anklage. Wer ohne deutsche Staatsbürgerschaft unter uns lebt und öffentlich Beschäftigte angreift und verletzt, muss wissen, dass er unser Land auf jeden Fall verlassen wird.“

Gewerkschaft der Sozialversicherung (GdS)

### **Schluss mit dem „Weiter so“ in der Gesetzliche Krankenversicherung**

**„Die Beitragszahlenden in der gesetzlichen Krankenversicherung sind an ihrer finanziellen Belastungsgrenze angelangt. Wir brauchen eine Kehrtwende in der Finanzierung“, forderte der GdS Bundesvorsitzende und dbb Vize Maik Wagner angesichts der am 16. Oktober 2024 veröffentlichten Prognose des sogenannten Schätzerkreises zum Anstieg der Beitragssätze zur Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV).**

Der Schätzerkreis – bestehend aus Experten des Bundesgesundheitsministeriums, des Bundesamtes für Soziale Sicherung und des GKV-Spitzenverbandes – erwartet ein Milliardendefizit, das im kommenden Jahr zu einem Anstieg des durchschnittlichen Zusatzbeitrags um 0,8 Punkte auf 2,5 Prozent führt. Wagner: „Ein Anstieg um 0,8 Prozentpunkte ist mehr als nur ein Warnsignal. Eine solche Steigerung der Krankenkassenbeiträge hat historische Dimensionen. Die Menschen spüren es schmerzhaft auf der Lohnabrechnung und im Geldbeutel. Die von der Bundesregierung geplanten steuer-

lichen Entlastungen stellen auf der anderen Seite für die allermeisten Beschäftigten keinen ausreichenden Ausgleich dar.“

Die steigenden Beiträge werden die gesetzlichen Krankenkassen weiter unter Druck setzen, befürchtet Wagner: „Ich erwarte Beitragssatzerhöhungen auf breiter Front. Der Wettbewerb unter den Kassen nimmt zu und führt zu Einsparungen zulasten der Versicherten und der Beschäftigten in der gesetzlichen Krankenversicherung.“ Der GdS-Bundesvorsitzende fordert: „Es darf kein ‚Weiter so‘ geben! Die Politik muss sich endlich an ihre Versprechen

erinnern und konsequent gesamtgesellschaftliche Aufgaben aus Steuermitteln finanzieren, um die Betragsschulden zu entlasten und die Beiträge

zur GKV wieder auf ein erträgliches Maß zu reduzieren. Diese Maßnahmen müssen Priorität haben.“

**Termine:**

12. November 2024

**34. Europäischer Abend**

**„USA und Europa: Perspektiven und deutsche Verantwortung“**

Weitere Informationen unter [www.dbb.de](http://www.dbb.de)

---